

Sehr geehrter Herr Landrat,
liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitarbeitende im Landratsamt, liebe Gäste!

Letztes Jahr in der Haushaltsrede habe ich mir gewünscht, dass der neue Kreistag mehr als bisher die Breite der Bevölkerung in unserem Landkreis abbildet. Nun ist der Kreistag im Amt - mit vielen neuen Gesichtern. Schön! Leider sind bestimmten Gruppen unserer Gesellschaft nach wie vor unterrepräsentiert oder fehlen ganz: z.B. junge Leute, Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund oder Menschen mit Behinderung. Die Wähler haben so entschieden. Unsere Aufgabe als gewählte Vertretung ist es, uns bei Entscheidungen immer wieder zu fragen, welche Gruppe haben wir vielleicht zu wenig im Blick? Welche Gruppe kann nicht genügend für sich hier im Kreistag sprechen?

Wir entscheiden im Kreistag nicht nur für morgen – also für das Haushaltsjahr 2020. Wir stellen auch die Weichen für übermorgen. Leider sind derjenigen kaum beteiligt, die es betrifft: die junge Generation. Deshalb freuen wir uns, dass der Kreistag für den Jugenddialog / Jugendkonferenz grünes Licht gegeben hat.

Unsere **Gesellschaft steht zu Beginn des neuen Jahrzehnts vor immensen Herausforderungen**. Sie kennen die Schlagworte: Klimawandel, Energiewende, Verkehrswende, Schutz der Natur und Erhalt der Artenvielfalt und nicht zuletzt die Migration. Wir können diese Aufgaben nur bewältigen, wenn alle gesellschaftlichen Akteure **i h r e n** Beitrag leisten: auch der Landkreis. Die Dringlichkeit der Situation erfordert ein konsequentes und zügiges Handeln. An vielen Stellen läuft uns Zeit davon. **Mit zwei Anträgen will die Grüne Fraktion erreichen, dass der Landkreis noch mehr tut als bisher.**

1. Bezüglich **des Klimawandels** tut sich in den Nachbarlandkreisen einiges; so hat z.B. der Landkreis Lindau einen Klimaschutzmanager; in Konstanz hat man den Klimanotstands ausgerufen und will unter dieser Maßgabe alle Investitionen und Vorhaben prüfen.

Auch wir im Bodenseekreis sollten ein deutliches Zeichen setzen. Unsere grüne Fraktion möchte mehr als nur Resolutionen verabschieden: Wir werben für konkrete Maßnahmen! Deshalb **unser Antrag, 1,5 Mio in Photovoltaik**. Die Antwort der Verwaltung „Was möglich ist, haben wir schon getan“, war für uns Anlass, mit Google-Maps nach weiteren „Freiflächen“ zu suchen. Und da gibt es noch Potential. Andererseits wollten wir unseren Antrag ausweiten und technologieoffen formulieren. Deshalb **der modifizierte Antrag** der Tischvorlage. Das Thema ist uns so wichtig, dass wir auch gerne die Expertise unserer Verwaltung nutzen. Deshalb der Antrag an die Verwaltung, eine Liste von möglichen kurzfristig realisierbaren Investitionen zusammen zu stellen, über die dann im Kreistag berät und entscheidet. Die CDU hat es mit ihrem „Millionenantrag ÖPNV“ erfolgreich vorgemacht, dass das funktionieren kann. Mit der Summe von 1,5 Mio Euro orientieren wir uns an der Ausschüttung, die wir als Landkreis in diesem Jahr aus unserer Beteiligung an der OEW erhalten. Vor 100 Jahren haben unsere Vorfahren im Bereich Energieversorgung investiert und wir profitieren noch heute davon. Das könnte doch ein Vorbild für uns heute sein und unser Geburtstagsgeschenk zum 100jährigen Jubiläum der Oberschwäbischen Elektrizitätswerke. Von der Höhe her ist das für unseren Landkreis ökonomisch machbar: 1,5 Mio Euro bei einem HH-Volumen von 334 Mio Euro.

2. Die Unterstützung der Verwaltung zum **Antrag der Schaffung einer Stelle Mobilitätsmanagement** freut uns.

Es ist bereits der zweite Anlauf. Dies zeigt, dass es sich gelohnt hat, am Thema dran zu bleiben. Ich werbe hier nochmals eindringlich bei den anderen Fraktionen um Unterstützung.

Ein herzliches Dankeschön an die SPD, die mit uns gemeinsam das Thema ausgearbeitet und vorangetrieben hat. Die Stelle wird nicht alle unsere Verkehrsprobleme sofort lösen, aber sie ist aus unserer Sicht ein wichtiger Baustein, damit durch die Vernetzung der Mobilität unsere Ressourcen effektiver genutzt werden und wir im Hinblick auf eine zukunftsfähige und umweltfreundliche Mobilität vorankommen. Wir müssen die Infrastruktur des ÖPNV zügig ausbauen und weiterentwickeln, damit wir schon bald den Nutzern ein 365-Euro-Ticket anbieten können.

Wie immer sind die **Sozialen Leistungen mit 111,3 Mio der größte Posten** im Haushalt, 6 Mio mehr als 2019. Durch die - dank der höheren Steuerkraftsumme erhöhte Kreisumlage - hat sich auch der Deckungsgrad für soziale Ausgaben aus der Kreisumlage verbessert und nähert sich mit 98% der Ziellinie. Fast die Hälfte der Ausgaben kommt der „Teilhabe von Menschen mit Behinderung“ zugute; die Ausgaben im Bereich des „Jobcenters“ sind stabil, die Ausgaben für „geflüchtete Menschen“ sind zurückgegangen. Weitere große Posten sind die „Grundsicherung im Alter“ sowie die „Hilfe zur Pflege“. Knapp ein Viertel der Ausgaben fließt in die „Kinder- und Jugendhilfe“.

Näher eingehen möchte ich heute auf die **Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes**, in den nächsten Jahren das große Thema! Das Ziel des Gesetzes ist es, Menschen mit Beeinträchtigung mehr Eigenverantwortung zu geben. Die kritischen Ausführungen von LR Wölfler zum Konflikt zwischen Land und kommunalen Spitzenverbänden haben uns in der Fraktion zu eigenen Recherchen veranlasst. Wir haben die Datenlage untersucht und festgestellt, dass die fünffach höhere Kostenschätzung des Kommunalen LV eher geschätzt und nicht auf einer validen Datenbasis beruhte. Gerne stellen wir der Verwaltung das Ergebnis unserer Recherche zur Verfügung. Die auf politischen Druck erfolgte Einigung im Dezember ist vernünftig - der Kompromiss in der Mitte kommt der Wahrheit näher. Wirklich konkrete Zahlen und eine Antwort auf die Frage „Wieviel an uns als Landkreis hängenbleibt“, haben wir wohl erst beim nächsten Haushalt. Wichtig ist uns, dass die Einführung des BTHG nicht nur finanzpolitisch betrachtet wird. Die Umsetzung der Behindertenkonvention ist zu bedeutsam! Unser Wunsch: Geben wir der Inklusion eine Chance! An dieser Stelle danke ich besonders den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Sozialamts für die Mehrarbeit mit der Einführung des BTHG. Ich hoffe, dass sich diese für uns alle lohnt.

Zahlreich sind die für das HHJahr 2020 vorgesehenen für **Investitionen**: Bildungszentrum Markdorf, Bodenseegürtelbahn, Ertüchtigung des ÖPNV, Regionales Technologie- und Innovationszentrum RITZ, um nur einige zu nennen. Sie, Herr Landrat, erwähnten in Ihrer Haushaltsrede unter Investitionen auch den **Ausbau des Radwegenetzes**. Das haben wir uns als Fraktion näher angeschaut und geprüft, wieviel Geld tatsächlich seit Inkraftsetzung der Radwegekonzeption 2016 investiert wurde. Geplant waren pro Haushaltsjahr je 2 Mio; tatsächlich verbaut wurden aber in den letzten vier Jahren keine 8 Mio, sondern nur 5,4 Mio Euro. Dafür gibt es gute Gründe (schwieriger Grunderwerb und nicht besetzte Stellen im Straßenbauamt). Uns reicht das nicht! Wir müssen hier ambitionierter, vielleicht auch kreativer werden. Und wenn man sich klar macht, dass 1 km Radweg rund 1 Mio kostet, dann ist klar, wie lange wir noch auf eine **deutliche Verbesserung des Radwegenetzes** warten müssen.

Sehr aufschlussreich ist die Übersicht über geplante Vorhaben des Landkreises bis 2023:

Mit 81,1 Mio Euro eine beachtliche Summe! Bereits jetzt angekündigt wird die damit verbundene deutliche Erhöhung der Kreisumlage. Ich frage mich da schon: Können wir uns das wirklich alles leisten? Und wie werden wir das finanzieren? Über neue Schulden?

Vielleicht muss das eine oder andere doch nochmal auf den Prüfstand – auch wenn es schmerzt.

Im Blick auf die **schwierige Finanzlage einiger Gemeinden** frage ich mich, ob wir ihnen jetzt schon eine Kreisumlage in Höhe von 32% zumuten können? Dort muss man ja auch sanieren und bauen und die durch die Umstellung auf die Doppik notwendigen Abschreibungen geltend machen. Rund die Hälfte der Gemeinden im Kreis hat derzeit Probleme, sogar die Pflichtaufgaben zu finanzieren. Hier geht es teilweise „ans Eingemachte“ und man überlegt, Dinge zu streichen, die der Bürgerschaft wirklich wehtun. Insofern hat unsere Grüne Fraktion großes Verständnis für den Antrag der FWV.

Aber auch die Argumentation der Verwaltung ist nachvollziehbar; der Landkreis muss auch darauf schauen, dass er das Geld hat, um die Kreisaufgaben zu erfüllen. Als Kreisrätinnen sind wir in erster Linie Vertreter der Interessen des Landkreises.

Andererseits möchte ich zu bedenken geben: Wenn unsere Gemeinden ihren Beitrag zur Energiewende erbringen sollen, wenn wir wollen, dass sie weitere Plätze zur Kinderbetreuung schaffen, dass sie Anschlussunterkünfte bauen und dass sie ihren Beitrag zum Ausbau des Breitbandnetzes leisten, dann brauchen sie auch das Geld dafür.

Der Landkreis darf nur so viel über die Kreisumlage abziehen, wie er zur Erfüllung seiner Aufgaben benötigt. Der Landkreis hat sich finanzpolitisch gut entwickelt; 2020 hat er eine Ergebnismrücklage von 41,5 Mio; die Schuldenlast wurde seit 2006 von 60 auf 22 Mio Euro reduziert. Mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von € 99 ist das Ziel erreicht, „besser zu sein als der Durchschnitt der Landkreise in BW“. Und nebenbei bemerkt: Der Landkreis hat immer noch finanziellen Spielraum auch für kostspielige Freiwilligkeitsleistungen angefangen mit dem Flughafen...

Wir Grüne sehen, was auf den Landkreis an Maßnahmen in den nächsten Jahren zukommt. Nicht umsonst haben wir zusammen mit der SPD im Oktober den Antrag zum Verzicht auf die Südumfahrung Markdorf gestellt. Eben: um Geld frei zu bekommen für andere Projekte, z.B. für den Ausbau und die Sanierung unserer Schulen. Leider gab es dafür hier im Kreistag keine Mehrheit.

Zum Antrag der FW auf Absenkung der Kreisumlage auf 30,8%: Sollte er heute eine Mehrheit finden, bleibt dem Landkreis bei der Kreisumlage trotzdem noch ein Plus von 4,7 Mio – durch das erhöhte Steueraufkommen der Gemeinden. Interessant finde ich den Blick in den Nachbarkreis Ravensburg. Dort hat man die Kreisumlage im Hinblick auf die Finanzsituation der Gemeinden auf 27% gesenkt, obwohl der Kreis als Träger des Klinikverbundes OSK erhebliche Investitionen schultern muss. Aus der Überzeugung, dass man innerhalb der kommunalen Familie solidarisch sein muss, wenn eine Seite Probleme hat, und nach Prüfung der Argumente der Verwaltung **wird die Grüne Fraktion mehrheitlich den Antrag der FW unterstützen.** Der Landkreis kann die Einbuße verschmerzen und die Gemeinden können etwas mehr Geld für notwendige eigene Investitionen behalten.

Fast am Ende noch der Dank: Die neuen Mitglieder im Kreistag werden am Umfang des Kreishaushalts die Arbeit der Kämmerei und des Finanzdezernats erahnen.

- Vielen Dank stellvertretend an Herrn Hermanns und Herrn Männle, nicht nur für den HH-Plan, auch für die zusätzlichen Aufgaben, die 2019 zu bewerkstelligen waren.
- Die zahlreichen Produkte der 11 Teilhaushalte zeigen die Fülle der Aufgaben, für die das Landratsamt zuständig ist. Allen Produktverantwortlichen danke ich für die sehr hilfreichen Erläuterungen im Haushalt. So kann man sich ein Bild machen, was im einzelnen Amt läuft.
- Herzlichen Dank auch an alle Mitarbeitenden für die verschiedenen Dienstleistungen, die Sie tagtäglich für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landkreises erbringen. Hier möchte ich auch die Anfragen aus der Mitte des Kreistags erwähnen, mit denen wir Sie zunehmend beschäftigen. Aber sehen Sie das einfach an als Interesse von uns an Ihrer Arbeit. Es ist uns wichtig, die Abfallbeseitigung verantwortlich zu steuern; wir wollen sicher gehen, dass für Frauen in Notsituation Schutzwohnungen zur Verfügung stehen... usw.

Zum Schluss eine Anmerkung zum Etikett „**Verbotspartei**“, das uns Grünen einige von Ihnen immer wieder anheften. In Kressbronn gibt es ein Verkehrsschild auf dem steht: „Vernünftige fahren hier nicht mit dem Rad. Den anderen ist es verboten“. Das beste Mittel Menschen zu überzeugen, sind gute Argumente. Auch wir Grüne setzen darauf und möchten am liebsten durch Anreize gewünschtes Verhalten steuern. Leider ist der Mensch nicht so gestrickt, dass er immer vernünftig handelt. In diesem Fall braucht es dann Verbote als Leitplanken für gewünschtes Verhalten. Stellen Sie sich für einen Moment eine Schule vor, die einen geordneten Ablauf nur mit Anreizen und Gutzureden regeln will. Das geht schief. Und was für die Schule gilt, gilt auch für unsere Gesellschaft.

Wir Grüne sind nicht die Verbotspartei. Aber wir machen den Leuten auch nichts vor: ohne Kompromisse, ohne Verzicht schaffen wir die großen Herausforderungen nicht, vor denen unsere Gesellschaft steht. Es braucht einen gesellschaftlichen Konsens, wohin wir wollen und was wir bereits sind, dafür einzusetzen. Aufgabe der Politik ist es, das Ganze zu steuern – manchmal halt auch mit Verboten – und die „Zumutungen“ gerecht auf alle zu verteilen.

Ohne Einschnitte wird es nicht gehen. Letztlich muss sich jede / jeder von uns fragen: was kann ich persönlich dazu beitragen, dass unsere Kinder und Kindeskiner auch noch in einer gesunden Umwelt und lebenswerten Gesellschaft leben können?

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit
und wünsche Ihnen ein glückliches, erfolgreiches und gesundes Jahr 2020!